

# Gesetz = Sammlung

für die

## Königlichen Preussischen Staaten.

### No. 12.

(No. 946.) Allerhöchste Kabinettsorder vom 14ten Mai 1825., betreffend die Schulzucht in den Provinzen, wo das Allgemeine Landrecht noch nicht eingeführt ist.

**D**amit im ganzen Umfange der Monarchie die Schulzucht mit Erfolg gehandhabt und nirgend der Schulbesuch vernachlässiget werde; sehe Ich, auf den Antrag des Staatsministerii, auch für diejenigen Landestheile, in welche das Allgemeine Landrecht bisher nicht eingeführt ist, in Uebereinstimmung mit den Vorschriften desselben, hierdurch fest:

- 1) Eltern, oder deren gesetzliche Vertreter, welche nicht nachweisen können, daß sie für den nöthigen Unterricht der Kinder in ihrem Hause sorgen, sollen erforderlichen Falls durch Zwangsmittel und Strafen angehalten werden, jedes Kind, nach zurückgelegtem fünften Jahre, zur Schule zu schicken;
- 2) der regelmäßige Besuch der Lehrstunden in der Schule, muß so lange fortgesetzt werden, bis das Kind, nach dem Befunde seines Seelsorgers, die einem jeden vernünftigen Menschen seines Standes nothwendigen Kenntnisse erworben hat;
- 3) nur unter Genehmigung der Obrigkeit und des geistlichen Schulvorstehers, kann ein Kind länger von der Schule zurückgehalten, oder der Schulunterricht desselben, wegen vorkommender Hindernisse, auf einige Zeit ausgesetzt werden;
- 4) die Schulzucht darf niemals bis zu Mißhandlungen ausgedehnt werden, die der Gesundheit des Kindes auch nur auf entfernte Art schädlich werden können;
- 5) Züchtigungen, welche in diesen der Schulzucht gesetzten Schranken verbleiben, sollen gegen die Lehrer nicht als strafbare Mißhandlungen oder Injurien behandelt werden;
- 6) wird das Maaß der Züchtigung, ohne wirkliche Verletzung des Kindes, überschritten, so soll dieses von der, dem Schulwesen vorgesetzten, Provinzial-Behörde durch angemessene Disziplinarstrafen an dem Lehrer geahndet werden.

Jahrgang 1825.

D

werden.

(Ausgegeben zu Berlin den 5ten Juli 1825.)



werden. Wenn dagegen dem Kinde, durch den Mißbrauch des Züchtigungsrechts, eine wirkliche Verletzung zugefügt wird, soll der Lehrer nach den bestehenden Gesetzen, im gerichtlichen Wege, bestraft werden.

Ich trage dem Staatsministerio auf, diese Bestimmungen durch die Gesessammlung zur öffentlichen Kenntniß zu bringen.

Berlin, den 14ten Mai 1825.

Friedrich Wilhelm.

An das Staatsministerium.

(No. 947.) Verordnung über die Abfassung und Bekanntmachung der Präklusions-Erkenntnisse in Konkurs- und Liquidations-Prozessen, Vom 16ten Mai 1825.

**Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preußen** *rc. rc.*

Auf den Vorschlag Unseres Staatsministerii, setzen Wir für die Provinzen, worin die Allgemeine Gerichtsordnung Gesetzeskraft hat, fest:

§. 1. In Konkursen und in Liquidations-Prozessen über Grundstücke oder deren Kaufgelder, so wie über Erbschaften, soll die Abfassung und Bekanntmachung der Präklusions-Erkenntnisse unmittelbar nach Abhaltung des Liquidations-Termins erfolgen.

§. 2. Diese Bestimmung tritt in allen von jetzt an einzuleitenden Konkursen und Liquidations-Prozessen über Grundstücke oder deren Kaufgelder und Erbschaften ein, und werden hiernach die abweichenden Vorschriften der Allgemeinen Gerichtsordnung, nach denen die Präklusion der im Liquidations-Termin ausgebliebenen Gläubiger mit der Klassifikation der liquidirten Forderungen verbunden werden soll, abgeändert.

§. 3. Für das Präklusions-Erkenntniß werden weder Gebühren noch Stempel berechnet.

Gegeben Berlin, den 16ten Mai 1825.

(L. S.) Friedrich Wilhelm.

v. Altenstein. Graf v. Bülow. v. Schuckmann. Graf v. Lottum.  
v. Klewiz. v. Hake.



(No. 948.) Allerhöchste Kabinettsorder vom 8ten Juni 1825., wegen Vereinigung des Handelsministerii mit den Ministerien des Innern und der Finanzen.

In Meiner unterm 31sten August v. J. an das Staatsministerium erlassenen Order, habe Ich demselben bereits zu erkennen gegeben, daß das dormalige Ministerium des Handels aufgehoben und die von demselben ressortirenden Angelegenheiten an die Ministerien des Innern und der Finanzen übergehen sollen. In Berücksichtigung der Mir deshalb von den Staatsministern Grafen v. Bülow, v. Schuckmann und v. Alewiz gemachten Vorschläge, bestimme Ich das Nähere darüber, wie folgt:

- 1) Dem Ministerio des Innern werden sämtliche bisher von dem Ministerio des Handels, der Gewerbe und des Bauwesens verwalteten Angelegenheiten, mit allen von demselben abhängigen Instituten und Anstalten, einschließlic der Anlegung und Unterhaltung der Kunststraßen, und der von denselben auffommenden Einnahmen, übertragen, soweit nicht einzelne Gegenstände jener Verwaltung dem Finanzministerio im Nachfolgenden ausdrücklich überwiesen sind.
- 2) Das Finanzministerium übernimmt:
  - a) die Erhebung aller Kommunikations-Abgaben, jedoch mit Ausschluß der Chaussee-Einkünfte, deren Erhebung und Verwaltung nach Vorstehendem dem Ministerio des Innern mit überwiesen ist;
  - b) das Kalender-Debits- und Stempel-Wesen, mit der zu dessen Verwaltung bestimmten Kalender-Deputation.
- 3) Die Aufhebung des Handelsministerii und die statt desselben eintretenden Verwaltungen der Ministerien des Innern und der Finanzen, kommen mit dem 1sten Juli d. J. zur Ausführung. Die Etats sind aber gleich vom 1sten Januar d. J. ab nach den neuen Ressort-Bestimmungen zu sondern und einzurichten.

Ich beauftrage das Staatsministerium, diese Meine Befehle durch die Gesefsammlung zur öffentlichen Kenntniß zu bringen.

Berlin, den 8ten Juni 1825.

Friedrich Wilhelm.

An das Staatsministerium.











3. Auf ein Feilbys auf den Gangton aufwärts des Lonsley Kessels die Aufzucht. Die Akt. 9. 12. 1845. Aufzucht. 1845.